*— **Coupon-Abtrennung und Cours-Regulirung** Von verschiedenen Rentenwerthen und Dividendenpapieren ist heute der Coupon resp. der Dividendenschein zu betachiren gewesen; infolge dessen haben bei den betreffenden Coursnotirungen Zu- resp. Abschläge stattgefunden, welche wir in Nachstehendem namentlich aufführen:

	Zuschlag	Abschlag
Oesterreichische Papierrente	0.30	—
„ „ Loose von 1860	0.90	—
Russische Orientanleihe III.	1.20	—
Erzherzog Albrecht-Eisenbahn-Prioritäten	0.50	—
Kaiser Ferdinands-Nordbahn- „	0.50	—
Lemberg-Czernowitzer Eisenbahn-Prioritäten	0.50	—
Oesterr. Nordwestbahn-Prioritäten La. B	0.50	—
Aussig-Teplitzer Eisenbahn-Actien	—	12 Proc.
„ Genußscheine	—	34.50 ℳ
Oesterreichische Südbahn-Actien	16 ℳ	—
Sächs. Kammgarnspinnerei-Actien (Salbrig)	—	5 Proc.
Wurzener Kunstmühlen-Stammactien	3 Proc.	—
„ „ Stamm-Prior.-Actien	—	—

Bezüglich der beiden zuletzt genannten Papiere bemerken wir, daß für das erstere die Dividende auf 1 und für das letztere auf 4 Proc. geschätzt worden ist.

*— **Sächsischer Privatblaufarbenwerksverein.** In Folge Beschlusses der Bevollmächtigten soll auf jeden Antheil des Sächsischen Privatblaufarbenwerksvereins eine Dividende von 10 ℳ gezahlt werden, welche vom 16. d. M. ab zur Auszahlung gelangt.

-r- **Chemnitz**, 1. Mai. In der letzten Sitzung der Handels- und Gewerbekammer referirte Herr Vicepräsident Zeuner über den Mangel der Fünf- und Zwanzigmarkscheine und Zehnmarkstücke. Das Referat enthält ein sehr beachtenswerthes Stück unserer Münzgeschichte. Fünfmarkscheine waren ehemals für etwa 105 Millionen Mark im Umlauf; später ging der Betrag auf 53.40, 39.20 und 12 Millionen zurück, und heute giebt es nur noch für 10 Millionen Mark Fünfmarkscheine. Weder das Fünfmarkstück in Silber noch das in Gold ist geeignet, den Fünfmarkschein zu ersetzen. Was die Zwanzigmarknoten anlangt, so waren davon ursprünglich für 53 Millionen Mark im Umlauf; heute beträgt diese Summe nur noch 20 Millionen Mark, während von Fünfzigmarkscheinen über 111 Millionen Mark sich im Verkehr befinden. Würde man, wie es wohl das Richtigste wäre, die Fünf-, Zwanzig- und Fünfzigmarknoten im Verhältnisse 3:5:8 ausgeben, so müßten bei einem Gesammtbetrage von 141 Millionen Mark für 26½ Millionen Fünf-, für 44 Millionen Zwanzig- und nur für 44 Millionen Mark Fünfzigmarkscheine in Circulation sein. Aus diesem Grunde hat die Kammer nach längerer Debatte beschlossen, an den Bundesrath die Petition zu richten, sowohl die Fünf- wie die Zwanzigmarknoten um je 10 Millionen Mark zu vermehren. — In Hinsicht auf den Mangel der Zehnmarkstücke im Verkehr weist der Herr Referent darauf hin, daß von der Summe der ausgeprägten Goldmünzen schon die 120 Millionen im Julisthurm zu Spandau, wie auch die bei den Banken festgestellten Bestände zur Deckung des in Umlauf gegebenen Papiergeldes dem Verkehr vollständig entzogen sind. Bei den Ausprägungen neuer Geldmünzen werden meist neue Doppelkronen, aber nur wenig Zehnmarkstücke fertig. Gerade aber diese Münze könnte im Verkehr noch in weit größeren Mengen gebraucht werden, weshalb die Kammer dem königl. Ministerium zur Erwägung anheimgiebt, die Ausprägung von Zehnmarkstücken mehr zu fördern. Bei der Hauptkasse der hiesigen Postanstalt waren z. B. bei einem Cassenbestande von 177,545 ℳ nur 7 Stück Fünfmarknoten und nur 467 Stück Kronen vorhanden, während Doppelkronen und Fünfzigmarkscheine genug zu finden gewesen sind. Das beweist am besten, wie nothwendig das Vorgehen der Handelskammer ist.

§ **Chemnitz**, 1. Mai. Auf Anregung der Kölner Handelskammer hat die hiesige Handels- und Gewerbekammer über die Beseitigung der Wanderlager, der Waarenausverkäufe und der Abzahlungsbazare berathen. Auf Antrag einer zu diesem Behufe eingesetzten Commission beschloß das Plenum betreffs der beiden erstgenannten Puncte keine Schritte zu thun, betreffs der Abzahlungsbazare aber sind ein im Plenum eingebrachter Antrag, die Staatsregierung zu ersuchen, daß sie beim Bundesrathe für Errichtung einer behördlichen Controle wirken wolle, einstimmig angenommen. — In Folge der Auflösung des hiesigen Vorschußvereins entbehrt der Kleingewerbestand eines ähnlichen Geldinstituts, das für seine Interessen geradezu als ein Bedürfniß erscheint und deshalb geht man damit um, eine Actiengesellschaft unter der Firma „Chemnitzer Gewerbebank" ins Leben zu rufen.

□ **Vereinigte Sächsisch-Thüringische Paraffin- und Solarölfabriken und Zeitzer Paraffin- und Solarölfabrik.** Die für den 2. d. M. nach Halle berufenen außerordentlichen Generalversammlungen beider Gesellschaften, welche über die bekannte Verschmelzung beider beschließen sollten, waren nicht beschlußfähig, da nicht ⅔ der Stimmen, wie statutengemäß, vertreten waren.

*— **Nordhausen-Erfurter Eisenbahn.** Bekanntlich hat die vor Kurzem stattgefundene Generalversammlung der Nordhausen-Erfurter Eisenbahn die Dividende auf die Stamm-Prioritäts-Actien auf 3½ Procent festgesetzt. Dieselbe gelangt am hiesigen Platze mit 2. 50 ℳ pro Dividendenschein bei dem Bankhause H. C. Plaut zur Auszahlung.

X **Aus dem westlichen Vogtlande**, 1. Mai. Die Arbeiten an der neuen Schmalspurbahn Schönberg-Schleiz schreiten so rüstig fort, daß man hofft, dieselbe schon im Monat Juni dem Verkehre übergeben zu können. Bezüglich des Projectes Schönberg-Tanna-Hirschberg soll es bei den Abmachungen zwischen den Regierungen von Sachsen und Reuß j. L. verbleiben, so daß demnach bald an die Ausführung des Baues gegangen würde; allein die projectirte Schmalspurbahn Göttengrün-Lobenstein, die übrigens, weil sie mit Schmalspur gebaut werden sollte, selbst in den betheiligten Ortschaften nicht allgemeiner Sympathie begegnete, wird nun, wie der „Vgtl. Anz." meldet, ganz aufgegeben, da das Project Gera-Triptis-Zirgenrück-Lobenstein durch die preußische Regierung zur Ausführung kommen wird. Die Verbindung der letzteren Linie mit derjenigen Schönberg-Hirschberg wird auch von Preußen bewirkt werden, aber nicht mit Schmal-, sondern mit Normalspur.

*— **Weimarische Bank.** Einmal, vor Jahren, gelang uns ein glücklicher Kampf mit dem Drachen, d. h. mit einer jener aus den fünfziger Jahren herrührenden überflüssigen Banken, welche trotz der nach ihrem Verfall auf Kosten der Actionaire vorgenommenen Neubildung doch es zu weiter nichts brachten, als den geschrumpften Capitalrest von Neuem durch unfähige Leitung an den Rand des Abgrundes zu führen. Wir meinen die „Thüringische Bank". Wir gaben, als die Direction dieses Instituts es wagte, ihren Actionairen statt gehöriger Auskunft ein eitles Blümchen, auf dem nur eine Anzahl Ziffern sich befanden, als sogenannten Geschäftsbericht vorzulegen, den Anstoß, daß diese Bank aus der Reihe der Lebenden ausgelöscht wurde. Aus der Bankgründungszeit der fünfziger Jahre stammt auch die Weimarische Bank. Schon einmal mußten die Actionaire die Hälfte ihres Capitals der Ungeschicktheit der Verwaltung opfern. Geholfen hat es nichts. Die Actionaire stehen nach allen Leiden, die sie ertragen, ebenso dividendenlos da wie früher. Ihr Vermögen ist großen Theils in werthlosen Unternehmungen festgelegt, und Jahr für Jahr vergeht, ohne daß eine Besserung eintritt. Viele sind überzeugt, daß bei der jetzigen Leitung überhaupt eine Besserung unmöglich ist, daß es deshalb das einzige Vernünftige wäre, die Weimarische Bank zu liquidiren. Von diesem Standpuncte geht auch der an uns gerichtete Brief eines unglücklichen Actionaires aus, in dem es unter Anderm heißt: „Die bevorstehende Generalversammlung der Actionaire der Weimarischen Bank wird hoffentlich den Beschluß auf Liquidation des Unternehmens fassen und, wenn solcher nicht sofort zu erreichen ist, auf Einberufung einer Generalversammlung zu diesem Zweck bestehen. Wir hoffen und erwarten, daß die Mehrheit der Actionaire sich fest auf diesen Standpunct stellt, sich durch keine anderen hervortretenden Pläne irgend welcher Art beirren läßt und solchen eine bestimmte Verneinung entgegensetzt. Die Art und Weise, in welcher die Bank geleitet wurde, schließt alle Hoffnung auf Besserung der Lage nach unserm Erachten aus, und wenn wir bereit wären, Alles zu glauben, so können wir nicht hoffen, daß jemals die Weimarische Bank in die Höhe kommen und ein für die Actionaire günstiges Unternehmen werden wird. Nachdem vor einer kurzen Reihe von Jahren durch verfehlte Speculationen, durch Verluste von Creditgeben an zweifelhafte Firmen, unrentable Fabriken, namentlich durch die Betheiligung an der Muldenthalbahn, die Bank in eine zweifelhafte Lage gebracht worden war, mußten je zwei Actien zu einer zusammengelegt werden, und die Actionaire verloren die Hälfte ihres Capitals. Man hätte nun meinen dürfen, daß nach solchen Erfahrungen, nach solcher gefährlichen Katastrophe, nach solchen Verlusten der beklagenswerthen Actionaire die höchste Solidität, die äußerste Vorsicht im Creditgeben, Fernbleiben von allen industriellen Unternehmungen, Vermeiden aller zweifelhaften Geschäfte, ernstes Streben und aussprechene Pflicht der Gesellschaftsorgane und speciell der Direction sein mußte. Statt dessen hat man in gleicher Weise wie früher gearbeitet. Kohlenwerke, die nie rentiren werden, erhielten Betriebszuschüsse und wurden mit kaum glaublichen Summen belehnt, Credite ohne genügende Deckungen ertheilt, ein Vermögen in der sächsisch-thüringischen Ostwestbahn angelegt, so daß seit der kurzen Zeit der Zusammenlegung der Actien die Actionaire wieder zwei dividendenlose Jahre haben und wieder eine Reconstruction des Unternehmens ins Auge gefaßt werden soll. Von alledem will die erschöpfte Geduld eines großen Theils der Actionaire nichts mehr wissen, sondern reiten, was noch zu retten ist. Wem sollen die Actionaire Vertrauen schenken? Den Directoren, welche trotz der früheren bitteren und traurigen Erfahrungen, trotz der früheren Mißerfolge in gleicher Weise fortarbeiteten, oder dem Verwaltungsrath, der, zur Wahrung der Interessen der Actionaire berufen, solchem Geschäftsgang nicht aufhielt und nicht mit Aufbietung aller zulässigen Mittel bis zur Einberufung einer Generalversammlung hin Halt gebot?" u. s. w. „Wir wollen es nicht glauben, daß es — wie man schreibt — Absicht der Verwaltungsorgane ist, den Actionairen der Weimarischen Bank gegen Einziehung von Bankactien Kuxe einer zu bildenden Gewerkschaft des Kohlenwerkes „Gott mit uns" im Nicolaier Revier in Oberschlesien zu bieten, und hoffen, daß sich alle Actionaire solchem Ansinnen — auch derjenigen, welche nicht für Liquidation sind — mit aller Entschiedenheit entgegenstimmen und erwehren. Den eigenen Actionairen die Actien oder Kuxe eines nicht rentirenden, nur Zuschüsse erfordernden Kohlenwerkes aufhängen zu wollen, würde einen Tadel verdienen, für welchen das härteste Wort nicht zu stark wäre. Mag den Verlust an diesem Kohlenwerk die Bank tragen und aus Reservefonds und durch Abschreibungen decken, dies aber nicht den bedauernswerthen Actionairen zuschieben wollen! Wie wollte man solche Maßregel übrigens gesetzlich begründen, resp. durchfechten? Schließlich wollen wir — falls Liquidation jetzt nicht durchzusetzen wäre — erwähnen, was Reconstruction nach unserem Ermessen sein würde: das Creditgeben ist durchaus abhängig von der Zustimmung des Verwaltungsrathes; Credite dürfen nie in solcher Höhe gegeben werden, daß Actiencapital und Dividende durch Verluste wesentlich geschädigt werden können. Die Bank betheiligt sich unter keinen Umständen an industriellen Unternehmungen; mit den laufenden Betheiligungen wird schleunigst aufgeräumt. Die Direction darf ohne Zustimmung des Verwaltungsrathes keine speculativen Engagements eingehen. Tantièmen werden nur von dem Capital, resp. Gewinn gezahlt, welcher zur Dividendenzahlung bestimmt wird. Die jetzt zu deckenden Verluste werden durch Reservefonds und Abschreibungen gedeckt, nicht aber den Actionairen zugemuthet." — Wann wird einmal auch diese Weimarische Bank zur ewigen Ruhe eingegangen sein?

*— **Personal-Notiz.** Herr Oskar Strauß, Mitinhaber der bedeutenden Firma L. Strauß & Sohn in Rudolstadt und New-York, ist zum Gesandten der Vereinigten Staaten von Nordamerika für die Türkei ernannt worden.

*— **Die Berliner Waarenbörse.** In einer Börsen-Correspondenz der „Frankf. Ztg." aus der Reichshauptstadt finden wir darüber folgende bemerkenswerthe Notiz: Die neuesten Maßregeln der Aeltesten der Kaufmannschaft, eine Hebung des Verkehrs der Waarenbörse herbeizuführen, sind recht lobenswerth, ob dieselben aber einen Erfolg haben werden, erscheint mehr als zweifelhaft. Das Bedürfniß für den Besuch der Börse scheint nicht vorhanden zu sein, und da werden alle Vorschläge und Decrete nichts nützen. Die Frage erscheint aber insofern von allgemeinem Interesse, als die Actien und Prioritäten der Berliner Waarenbörse den Weg in das Publicum genommen haben und dieses die Zinsen verlangt. Die zweijährige Garantie von 4 Proc. für die Actien darf das Publicum nicht verführen, Geld herzugeben; dasselbe muß verlangen, daß so bald als möglich Berathungen darüber gepflogen werden, wie eine anderweite Ausnutzung der Börsenräume herbeizuführen ist.

‡‡ **Berliner Lagerhof-Actien-Gesellschaft.** Man erwartete in der General-Versammlung wichtige Aufschlüsse, weil man allgemein annahm, die Verwaltung werde sich gegen den ihr öffentlich in der Presse gemachten Vorwurf, einer falschen Bilanz rechtfertigen, und den Beweis der Richtigkeit liefern. Nichts von alledem trat ein, der neue Vorsitzende, Martin Meyer (der frühere, Bodstein, ist nicht wieder gewählt) fragte kurz, ob Jemand zu der Bilanz etwas zu bemerken habe, und erklärte, daß dieselbe von dem früheren Aufsichtsrathe aufgestellt sei, während der neue, seit dem 4. April fungirende, sich nur mit der fertigen beschäftigt habe. Auf die Anfrage eines Actionaires, ob der neue Aufsichtsrath die Verantwortung für Richtigkeit jener Bilanz übernehme, erfolgte die Antwort, daß der Aufsichtsrath nichts an ihr zu bemängeln gefunden habe. Er trat sonach für die Richtigkeit ein. Damit war die ganze Discussion beendet, und es wurde einstimmig Decharge ertheilt. So überraschend es war, daß die im Saale vorhandene Opposition sich mit einer, anscheinend unbedeutenden Anfrage begnügte und nicht die Bilanz angriff, resp. Decharge verweigerte, sind doch die Gründe dieses Verhaltens klar. In dem Augenblicke, als der neue Aufsichtsrath erklärt hatte, daß er an der Bilanz nichts bemängele, wußte jeder Actionair, daß sich die beiden Parteien des früheren und des jetzigen Aufsichtsrathes über Ertheilung der Decharge verständigt hatten, daß dieselbe daher mit erdrückender Mehrheit ausgesprochen werde. Den nicht in den Compromiß gezogenen Opponenten wäre sonach nur ein Protest und der Proceß gegen die Gesellschaft übrig geblieben. Solcher Proceß kostet ein bis mehrere Tausend Mark, alle zuviel für wenige Actionaire, und bringt nichts ein, da die erstrebte Aenderung der Bilanz den Opponenten keinen materiellen Vortheil gewährt. Nach Ertheilung der Decharge werden die 4 Herren, durch welche der Aufsichtsrath am 4. April von 6 auf 10 Mitglieder verstärkt wurde, nachmals bestätigt. Man war unmaßgeblich im Begriffe auf Punct 3 der Tagesordnung, Wahl der Revisoren, überzugehen, als ein Actionair daran erinnerte, daß man zu Punct 1, den Bericht der Revisoren vergessen habe, und um denselben nachträglich bat. Der gerichtliche Büchrevisor Adolphi erklärte nun Namens der Revisions-Commission, daß die Bilanz mit den Büchern der Gesellschaft übereinstimme. Die Prüfung sei nur eine rechnungsmäßige gewesen, da sich nur soweit die Befugnisse der Revisions-Commission erstrecken. Ob aber auch die Trennung des Grundstück-Costos von dem Gebäude-Conto nach richtigen Principien geschehen, dies zu prüfen, sei nicht Sache der Commission gewesen, und darüber trete sie nicht ein, sondern verweise auf das im Geschäftsberichte hierüber Gesagte. So sachgemäß, selbstverständlich und scheinbar unbedeutend diese wenigen Worte waren, so übel nahm sie der Aufsichtsrath, und unmittelbar im Anschlusse hieran schlug einer seiner Anhänger die Wahl von 3 neuen Revisoren vor. Es mochte dies auf die unbefangenen Zuhörer einen äußerst ungünstigen Eindruck, denn man erblickte hierin die Ungnade-Erklärung des Aufsichtsrathes an die alte Revisions-Commission. Sie weigerte sich, die Bilanz, soweit sie dieselbe für gesetzwidrig hielt, zu vertreten, und den Aufsichtsrath mit ihrem Schilde zu decken, und wird dafür Knall und Fall befreitzt. Der Aufsichtsrath kann nur Revisoren, welche mit ihm durch Dick und Dünn gehen, gebrauchen. Beschiedene Actionaire suchten wenigstens die Wiederwahl des gerichtlichen Bücher-Revisors Adolphi, dessen mannhaftes Auftreten den besten Eindruck hervorgerufen hatte, durchzusetzen, dessen aber schließlich ihren vergeblichen Widerstand fallen, und so wurden einstimmig gewählt die Herren Bankdirector Prippenow, Piper und der gerichtliche Bücher-Revisor Bierstädt. Es bleibt abzuwarten, ob die neue Revisions-Commission unverbrüchliches Schweigen über Alles, was der Verwaltung mißliebig ist, bewahren wird, auch sind wir begierig, zu sehen, ob die Berliner Börsen-Presse in dem Berichte über die Generalversammlung die Vorgänge erwähnen oder übergehen wird.

*— **Die Lebensversicherungen.** Der „moniteur des assurances" giebt in seiner letzten Nummer interessante Notizen über die Lebensversicherungsgesellschaften in den letzten 24 Jahren. Danach gab es gegen Anfang der 1860er Jahre zusammen 136 derartige Gesellschaften, während jetzt 281 bestehen. Dieselben vertheilen sich wie folgt:

	1860	jetzt
auf Deutschland	19	38
„ Oesterreich-Ungarn	6	20
„ Niederland	5	17
„ Frankreich	7	26
„ England	78	104
„ Amerika	14	30

u. s. w. In Deutschland ist die Zahl seit 1876 eine feststehende geblieben, nämlich 38. Oesterreich hatte 1873 24, jetzt aber nur noch 20. Frankreich bezw. Niederland hat erst seit 1883 26 bezw. 17 Gesellschaften. Die wenigsten Gesellschaften haben: Belgien 3, Italien 3, Norwegen und die Türkei je 2, Rußland und die Schweiz je 4. In folgenden Ländern bestehen überhaupt nur Lebensversicherungsgesellschaften: Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Belgien, Dänemark, Spanien, Portugal, Frankreich, Italien, Norwegen, Niederland, Türkei, Rußland, Schweden, Schweiz, England, in den Vereinigten Staaten von Nordamerika, Canada und Australien. — Auffallend groß ist die Zahl der Gesellschaften in England, nämlich 104, und auertauunerwähnen wird auch in keinem anderen Lande von der segensreichen Lebensversicherung ein auch nur annähernd so großer Gebrauch gemacht wie in England.

♂ Um die deutschen Kaufleute und Industriellen von einer Unterschätzung Englands zu warnen, in die sie Angesichts der fortwährenden Hinweise auf die Schädigung des englischen Handels durch den deutschen Unternehmungsgeist leicht verfallen könnten, macht die „Deutsche Volksw. Corr." auf die glänzende Entwickelung aufmerksam, welche England nach Rich. G. Mulhall's Unternehmungen in dem Jahrzehnt von 1875—1885 genommen hat. In der „Contemporary Review" weist der englische Volkswirth mit Zahlen nach, daß sich in dem letzten Jahrzehnt die Bevölkerung Englands um 12 Proc., der Volkswohlstand um 22 Proc., der Handel um 29 Proc., die Schifffahrt um 67 Proc., die Volksbildung um 68 Proc. zugenommen hat. „England", bemerkt dazu das schutzzöllnerische Organ, „steht mithin auf einer Höhe des Volkswohlstandes, die es zu den gefährlichsten Gegnern auf wirthschaftlichem Gebiete macht". Das England unter der Herrschaft des Freihandels diesen Aufschwung genommen hat, vergißt das Blatt hinzuzufügen.

△ **Hallesche Straßenbahn.** Die Generalversammlung am 2. ds. Mts. ertheilte der Verwaltung Decharge und genehmigte die Vertheilung von 5½ Proc. Dividende. Die Ergebnisse des letzten Geschäftsjahres im Einzelnen sind unseren Lesern bereits bekannt. Die ausscheidenden Aufsichtsrathsmitglieder Herren Tambo und Dr. Witschers wurden wiedergewählt. Eine Besprechung über die geplanten neuen Linien fand nicht statt, da die Verhandlungen mit dem Magistrat wohl noch nicht denjenigen Stand erreicht haben, um Beschlüsse zu ermöglichen. Vertreten waren 132 Actien durch 8 Actionaire.

*— **Hessische Ludwigsbahn.** Der Gemeinderath von Wiesbaden hat, wie das „Mainzer Journal" meldet, eine Commission eingesetzt, welche Schritte thun soll, um zu Gunsten der Hessischen Ludwigsbahn für Erneuerung der Concession zu einer directen Linie Mainz-Wiesbaden zu wirken. Rechtliche Schritte werden von der Stadt Mainz erwogen. Der Gedanke einer indirecten Verbindung via Bischofsheim-Kostheim-Erbenheim unter Ueberbrückung des Mains soll vorerst keine Aussicht auf Durchführung haben.

Schl. **Hamburg**, 1. Mai. Künftigen Sommer findet hierselbst ein Congreß der deutschen Handelsgärtner statt, bei welcher Gelegenheit auch die neuerdings in den Kreisen der deutschen Gärtner vielfach besprochene Frage bezüglich eines Schutzzolles auf gärtnerische Erzeugnisse zur erneuten Discussion gebracht werden soll. Es ist indessen nicht viel Neigung für einen solchen Zoll vorhanden, da, um nur ein Beispiel anzuführen, der seit Eröffnung der Gotthardbahn erheblich gesteigerte Rosen-Import aus Italien vielen Handelsgärtnern selbst zu Gute kommt. Der Bedarf an „lebenden" Rosen und anderen Blumen ist im Winter in Deutschland dermaßen gestiegen, daß er durch die inländische Production bei Weitem nicht gedeckt werden kann.

*— **Gewerkschaft Graf Moltke zu Gladbeck.** In der am 28. April abgehaltenen Gewerkenversammlung wurde eine Zubuße von 300,000 ℳ bewilligt. Die Förderung betrug in 1886 291,310 T. gegen 202,697 T. im Vorjahre. Der Betriebsüberschuß belief sich auf 127,483 ℳ, für Grundschuld und Bauhäusen wurden indessen zusammen 66,167 ℳ und für Weiterabteufen des Schachtes und sonstige Neuanlagen 79,299 ℳ verausgabt, so daß eine Zubuße von 17,983 ℳ erforderlich war. Das fernere Abteufen wird den Kostenanschlag voraussichtlich nicht überschreiten. Die Hauptfördermaschine ist bereits bei der Gutehoffnungshütte bestellt und soll bis 1. Mai d. J. betriebsfähig aufgestellt sein.

⊙ **Aus Bayern**, 1. Mai. Ueber die Wirkung der Concurrenz der Arlbergbahn auf die Einnahmen der bayerischen Staatsbahnen läßt sich, nachdem die Rechnungsabschlüsse für 1885 und 86 vorliegen, schon jetzt ein annähernd richtiges Bild geben. Dieses zeigt, daß die Sache schlimmer ausfiel, als sie in Wirklichkeit war; denn im Jahre 1885, wo die Concurrenz der Arlbergbahn erst zur vollen Wirkung kommen konnte, betrugen die Bruttoeinnahmen 83,839,086 ℳ, während sie sich im Jahre 1886 auf 86,284,843 ℳ, also um 2,445,757 höher beliefen. Die Reineinnahmen bezifferten sich im Jahre 1885 auf 34,988,412 ℳ, im Jahre 1886 dagegen auf 36,891,503 ℳ, sind also um 1,903,091 ℳ gestiegen. Wenn nun zwar auch im Jahre 1886 die Bruttoeinnahme auf 86,298,183 ℳ im Budget aufgeführt ist, so ist doch andererseits die Bruttoausgabe mit 50,809,383 ℳ budgetirt gewesen, während sie in Wirklichkeit nur 49,393,340 ℳ erfordert hat. Sonach sind 1,400,703 ℳ mehr Reingewinn erzielt worden, als man angenommen hatte. Wenn kein Krieg kommt, so wird auch das begonnene Jahr, das schon gute Erfolge aufzuweisen hat, weitere Besserungen in den Einnahmen der Bahnen bringen. — Auch die Bodensee-Dampfschifffahrt ergab ein höchst erfreuliches Resultat. Während die Reineinnahme für 1886 nur auf 46,550 ℳ veranschlagt war, hat sie in Wirklichkeit 97,601 ℳ betragen, obwohl die Concurrenz der österreichischen Dampfer auf dem Bodensee neu hingetreten ist. — Die Cigarrenfabrik von Behrens & Kurthäuser in Ogersheim in der Pfalz hat ihren Betrieb eingestellt und liquidirt.

*— **Oesterreichisch-ungarisch-rumänische Handelsconvention.** — Von C. H. Keßler in Braunschweig. — Die rumänischen Preßorgane bringen in der letzten Zeit keinerlei Mittheilungen über den Verlauf der Verhandlungen, die gegenwärtig in Wien in Betreff der Erneuerung der österreichisch-ungarisch-rumänischen Handelsconvention stattfinden müssen, da die rumänischen Delegirten von ihren Osterferien doch wohl längst wieder in Wien eingetroffen sind! Sollten diese Erneuerungs-Verhandlungen, wie z. B. in Bukarest, so auch in Wien „auf Schwierigkeiten" gestoßen sein!? Ich habe in meinen früheren Berichten schon betont, daß ich glaube, daß die Hauptschwierigkeiten zur gegenseitigen Verständigung in dem Umstande zu suchen und auch zu finden sind, daß die Handelsinteressen der beiden Reiche der Habsburgischen Monarchie nicht auf identischer Grundlage basirt sind, demnach könnte die Lösung der österreichisch-ungarisch-rumänischen Handelsconventions-Frage nur seitens Oesterreich-Ungarns erfolgen, d. h. wenn ein Compromiß nach dieser Richtung hin zwischen Oesterreich und Ungarn perfect würde! Die rumänische Regierung verlangt, wie ja 1886 bei den Handelsconventions-Verhandlungen in Bukarest bereits klar zu Tage trat, in allererster Linie „Garantien" für die zollfreie Einfuhr rumänischen Viehs und Getreides nach Oesterreich-Ungarn und „eine gesetzlich sichere Gewähr" gegen Grenzsperre, wie sie in den letzten Jahren seitens der Magyaren gegen Vieh, aus Rumänien kommend, stattgefunden hat! Wenn man in Betracht zieht, daß der Getreide- und Viehexport bis heute die Haupteinnahmequelle Rumäniens bildet, so kann und muß man diesen Forderungen der rumänischen Regierung doch nur beistimmen! — Zu wünschen wäre es allerdings für die Industrie Oesterreichs — die seit 1886 sozusagen den Südenbeck für die agrarischen Forderungen und Interessen Ungarns abgiebt — wenn ein Handelsvertrag zwischen Oesterreich-Ungarn und Rumänien möglichst schleunig zum Abschluß gelangen möchte, denn ein weiteres Verschleppen der Sache schädigt dieselbe immer tiefer und tiefgehender!

*— **Oesterreichisch-ungarische Staatseisenbahn-Gesellschaft.** In Pest hat am 30. v. Mts. eine Sitzung des gemeinsamen Verwaltungsrathes der österreichisch-ungarischen Staatseisenbahn-Gesellschaft stattgefunden, welcher Herr Joubert präsidirte. Die vorgelegte Bilanz ergab, trotz der namhaften Ersparungen, die erzielt wurden, nicht die Möglichkeit, eine Aufbesserung der mit 17½ Frcs. festgesetzten Dividende vorzunehmen. Der Gewinnvortrag wird ein namhaft geringerer sein als im Vorjahre.

*— **Oesterreichische Südbahn.** In einer Wiener Correspondenz der „Frankf. Ztg." findet sich Folgendes: Der Cartellvertrag mit den Staatsbahnen kann so gut als abgeschlossen gelten. Der westböhmische Verkehr verbleibt den Staatsbahnen. Der Prager Verkehr wird in der Weise getheilt, daß die Staatsbahnen 55 Proc. erhalten, während auf die Südbahn 45 Proc. entfallen. Ferner wird, östlich von Prag, eine neutrale Zone geschaffen, beziehlich deren Halbpost gemacht wird. Der Wiener Verkehr und der östlich der neutralen Zone von Lissa gelegene Verkehr gehört ganz der Südbahn. Betreffs des Letzteren wollen die Staatsbahnen zwar noch etwas abhandeln, weshalb der formelle Abschluß noch nicht erfolgt ist; da aber die Südbahn auf der Annahme dieses Puncties eine conditio sine qua non macht, so wird das Uebereinkommen voraussichtlich auf dieser Basis zu Stande kommen. Der Verlust der Südbahn wird demnach, da der Prager Verkehr sehr gering und ihr der westböhmische Verkehr nie zugefallen ist, auf eine sehr bescheidene Summe beschränkt und die Südbahn kommt auf diese Weise entschieden billiger davon, als anfangs befürchtet worden ist. In demselben Blatte verwendet sich eine Zuschrift aus dem Publicum für den Plan, die 3proc. Obligationen in 4proc. umzutauschen und zwar je eine 500 Frcs. 3proc. in 337½ Frcs. 4proc. In diesem Falle würden die Convertirenden statt der bisherigen 13 Frcs. fortan 13½ Frcs. Zinsen erhalten, welche vertragsmäßig gegen jeden künftigen Abzug geschützt werden müßten. Außerdem würden 337½ Frcs. 4proc. Obligationen, wenn man dieselben zu 96 annimmt, etwa 20 Frcs. höheren Courswerth haben als heute die 3procentigen. Für die Gesellschaft dagegen läge der Gewinn klar auf der Hand. Den Nominalbetrag der 3proc. Obligationen würde sie auf 1384.9 Millionen Francs reduciren, also um fast ein Drittheil! Nimmt man an, daß diese sämmtlich binnen 67 Jahren, also bis 1944 getilgt werden sollen (von den 3procentigen hat ein Theil weit längere Laufzeit), so würden dafür an Zinsen und Tilgung, in Gulden umgerechnet, jährlich nur 23,875,349 Fr. erforderlich sein. Gegenwärtig zahlt die Gesellschaft für Zinsen und Tilgung der 3procentigen 27,880,000 fl., von denen sie 3,295,000 fl. durch Einlösung wieder vereinnahmt, per Saldo also 24,584,000 fl. Somit würde sie durch solche Conversion, also selbst bei beschleunigter Tilgung, schon rund 700,000 fl. jährlich, d. i. circa einen Gulden Dividende auf jede Actie ersparen."

*— **Die Spendierhosen der Lemberg-Czernowitzer Bahn.** Unter dieser Spitzmarke schreibt „L. Schlesinger's B.- und Hdlsbl." Folgendes: „Dank einer außerordentlich günstigen Stylisirung der Concessions-Urkunde der Lemberg-Czernowitzer Bahn ist diese Gesellschaft im Stande, trotzdem sie von Jahr zu Jahr regelmäßig die Staatsgarantie und zwar zweier Staaten, nämlich des österreichischen und des rumänischen Staates, in sehr bedeutendem Maße in Anspruch nimmt (im letzten Jahr betrug dieser Garantieanschuß von österreichischer Seite 1,930,000 fl. und von rumänischer Seite 1,544,000 Gold), neben den regelmäßigen 5 Procent auch eine Superdividende zu vertheilen. Auch in dem zuletzt abgelaufenen Jahre war dies der Fall. Wie ein solches Statut zu Stande kommen konnte, kann welchem eine Gesellschaft Superdividenden vertheilen kann, während der Staat, welcher bereits 50 Millionen Gulden zugeschossen hat, in jedem Jahre weitere schwerwiegende Zuschüsse machen muß — das ist ein Stück österreichisch-rumänischer Finanzgeschichte, welches sich jeder Kritik entzieht. In Folge dieser eigenthümlichen Situation sollte man meinen, daß in der Verwaltung dieser Bahn, welche dem Staat jährlich so große Opfer auferlegt, die nöthige Sparsamkeit walten würde — allein eine oberflächliche Durchsicht des Geschäftsberichtes erweist sofort das Gegentheil. Ein interessantes Capitel bilden die Tantièmen des Verwaltungsrathes, welcher an den sogenannten Betriebs-Ueberschüssen der Unternehmung so zuschnabbs als möglich ist. Im Jahre 1885 betrugen diese Tantièmen 82,000 fl. und da ihm aus denselben fictiven Betriebsüberschüssen pro 1886 für seine aufopferungsvolle Thätigkeit nur die Bagatelle von 50,260 fl. rechnungsmäßig zukommen würde, so hat die Generalversammlung diese Tantième großmüthig auf 65,172 fl. erhöht! Sehr einträglich muß auch die Stelle des Rechtsanwaltes dieser kostbaren Gesellschaft sein, denn 118,000 fl. sind als „erstliche" Kosten für Couponsprocesse abgeschrieben worden. Der Verwaltungsrath der Lemberg-Czernowitzer Bahn brillirt auch insofern in der Kunst, Tantièmen zu ergangen, als er durch sehr bedeutende Gewinnvorträge, welcher z. B. heuer 379,694 fl. beträgt, von diesen zweimal die Tantième zu beziehen scheint, da diese Beträge in jedem Jahr mit den eigentlichen Ueberschüssen zusammengerechnet werden, wenn die Tantième zur Vertheilung kommt."

*— **Wiener Abendbörse.** Die Wiener Börsekammer giebt bekannt, daß nach dem 7. Mai c. die Börseversammlungen an Wochentagen zwischen halb 5 und halb 6 Uhr Nachmittags, sowie jene an Feiertagen zwischen 11 und 12 Uhr Vormittags eingestellt werden. Die letzte Abendbörse findet demnach am 7. Mai statt.

*— **Oesterreichische Länderbank.** Die neuerliche Steigerung des Courses der Actien der Oesterreichischen Länderbank ist auf das der Bestätigung noch bedürfende Gerücht zurückzuführen, daß die Absicht bestehe, die Actien demnächst an der Berliner Börse zur Einführung zu bringen. Mit diesem Gerücht wurde die Reise des Generaldirectors v. Hahn nach Deutschland in Verbindung gebracht.

*— **Oesterreichische Eisenbahn-Cartelle.** Die Conferenzen der österreichischen Eisenbahnen betreffend, die Regelung der Tarife für den Verkehr von Triest nach Böhmen, nehmen den besten Fortgang. Der Verkehr östlich von Lissa wird an die Nordwest- und an die österreichisch-ungarische Staatsbahn, der Verkehr westlich von Prag an die Staatsbahnen abgegeben werden. Die Angelegenheit des Elbe-Umschlagverkehres ist officiell noch nicht erörtert worden, doch ist es als feststehend zu betrachten, daß die Nordwestbahn in maximo 40 Procent von diesem Verkehr abgiebt.

Lausanne, 30. April. Ein Initiativcomité hat eine Petition in Umlauf gesetzt, welche Erhöhung der Eingangszölle auf Weine, besonders auf deutsche und italienische Weine und auf Trockenbeeren, und die Ausarbeitung eines Bundesgesetzes über Kunstweine verlangt. Ein an die Regierungen der interessirten Cantone gerichtetes Kreisschreiben ersucht sie eine Bewegung in gleichem Sinne hervorzurufen.

*— **Krise einer Schweizer Staatsbank.** Man schreibt der „N. Fr. Pr." aus Bern: Ungeheures Aufsehen in der ganzen Schweiz erregt das